

- Was Eltern vom Kinderbetreuungsgeld halten Seite 33
- Mehr Bewegung ins Kinderleben Seite 36
- Buchtipp (FiZ 2003) & Termin Seite 37
- Termine Seite 38

Working poor - Arbeit schützt vor Armut nicht

Trotz Erwerbstätigkeit sind einzelne Personen und auch Haushalte bedürftig

Armut fängt oft mit dem Verlust einer Erwerbstätigkeit an, endet aber nicht zwangsläufig mit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. In Deutschland sind über zwei Millionen Menschen arm, obwohl sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Mehr als drei Millionen Menschen, darunter auch Kinder, sind indirekt von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen. Die Hälfte der Armen lebt in einem Erwerbstätigenhaushalt, ein Viertel aller Armen ist vorwiegend Vollzeit erwerbstätig.

Der Volkswirt Wolfgang Strengmann-Kuhn hat sich mit dem in den USA schon lange bekannten Phänomen, dass Erwerbstätigkeit

nicht vor Armut schützt, auseinander gesetzt. Aber nicht die Armutsbekämpfung sollte das Ziel sein, sondern die Vermeidung von Armut. Sozialpolitische Maßnahmen wie die Einführung eines Mindestlohnes oder eines Grundsicherungssystems für Erwerbstätige führt der Autor als Lösungsbeispiele für "working poor" an.

Als Datengrundlage für Deutschland wurden der Mikrozensus 1996 und das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) verwendet, für den Vergleich der EU-Länder das Europäische Haushaltspanel (ECHP).

Working poor

„Working Poor“ - Armut trotz Erwerbstätigkeit - steht in den USA schon länger zur Debatte. Das Schlagwort „working poor“ bezieht sich nicht nur auf Niedriglöhne (wie es in Deutschland schon einige Zeit der Fall ist), sondern generell auf die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Armut. Ein Niedriglohn muss nicht gleich Armut bedeuten. Der Begriff „working poor“ kann sich auf einzelne Personen oder auf Haushalte beziehen.

Studie

Working poor - Arbeit schützt vor Armut nicht

Nr.

.....

Zu wenig Lohn für zu viele Personen

Die Gründe für Armut trotz Erwerbstätigkeit sind zum Einen ein zu geringes Einkommen, ein sogenannter Armutslohn. Davon sind vor allem Nicht-Vollzeiterwerbstätige und Alleinstehende betroffen beziehungsweise solche, die sich noch in Ausbildung befinden. Zum Anderen ergibt sich Armut trotz Erwerbstätigkeit durch den Haushaltskontext, also wenn mehrere Personen in einem Haushalt von einem einzigen Einkommen leben. In Deutschland sind beide Fälle gleich oft vertreten, in den restlichen EU-Ländern ist der Haushaltskontext der häufigere Grund für Armut trotz Einkommen.

Arbeit - mehr als eine Geldquelle

Dem sozialen Grundsicherungssystem wird unterstellt, Armen zu wenige Anreize zu bieten, arbeiten zu gehen. Dahinter steckt die Theorie der Armutsfalle, die davon ausgeht, dass vernünftig handelnde Wirtschaftssubjekte den Nutzen von Erwerbstätigkeit versus den Nutzen von Nichterwerbstätigkeit abwägen.

Verschiedene Untersuchungen wie auch diese Studie haben ergeben, dass die Theorie der Armutsfalle mangelhaft ist. SozialhilfeempfängerInnen sind nicht dauerhaft arm, vor allem wenn sie arbeitslos sind. Zudem sind viele Arme erwerbstätig, wie diese Arbeit aufzeigt. Eine Erwerbstätigkeit ist weiters nicht nur wegen des Einkommens wichtig, sondern weist auch andere Aspekte auf wie sozialer Status, soziale Kontakte oder eine Beschäftigung an sich. Auch handeln Menschen rational und denken länger-

fristig, nämlich dass das Einkommen mit der Zeit steigt oder dass die Chancen auf einen Job im Zeitverlauf schlechter werden.

Falle Haushalt

Die Ergebnisse der Studie von Strengmann-Kuhn widerlegen auch, dass wie gemeinhin angenommen die in Deutschland bezahlten Löhne Armut verhindern.

Das Vorhandensein starker Gewerkschaften, die für ein existenzsicherndes Einkommen sorgen sollen, täuscht. Es ist ein Irrglaube, dass es sich bei erwerbstätigen Armen vorwiegend um Personen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Teilzeitarbeit handelt. Demnach wären besonders Frauen, die verstärkt Teilzeit arbeiten, davon betroffen.

"Die Mehrheit der erwerbstätigen Armen sind Männer und Beschäftigte in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, also mit unabhängiger, unbefristeter Vollzeiterwerbstätigkeit", klärt der Autor auf.

Die Armut ergibt sich oft dadurch, dass ein Haushalt mit Frau und Kindern mitfinanziert werden muss. Gründe, warum Frauen in einkommensarmen Haushalten weniger arbeiten, können fehlende oder zu teure Kinderbetreuungsmöglichkeiten sein, ein geringes Arbeitsangebot bzw. Arbeitslosigkeit, zu geringe Verdienstmöglichkeiten sowie eine traditionelle, geschlechtsspezifische Aufgabenteilung.

Working poor in der EU

Im EU-Vergleich weist Portugal die meisten erwerbstätigen Armen mit einem 10 %-igen Anteil an der portugiesischen Gesamtbevölkerung auf. In Dänemark, Deutschland, Finnland, Belgien und Österreich ist der Anteil an "working poor" mit unter 3 % gemessen an der Gesamtbevölkerung am geringsten.

Politik gegen Armut

Eine gute Möglichkeit, Armut trotz Erwerbstätigkeit zu verhindern sind Sozialleistungen. Leben Erwerbstätige mit RentnerInnen bzw. PensionistInnen zusammen, so führt auch ein Einkommen unter der Armutsgrenze meist noch nicht zu persönlicher Armut. Weniger wirksam erweist sich die Arbeitslosenunterstützung. Sozialhilfe, Wohngeld oder nur Kindergeld tragen am wenigsten dazu bei, Armut zu verhindern.

Erwerbstätige Arme sind vor allem verdeckte Arme. In Deutschland erhält nur ein relativ kleiner Teil Sozialhilfe. Dies kommt daher, dass viele ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht geltend machen. Etwa 20 % der SozialhilfeempfängerInnen leben in einem Erwerbstätigenhaushalt.

Die hohen Dunkelziffern im Sozialhilfereich erschweren sozialpolitische Maßnahmen. Eine Verringerung der verdeckten Armut kann durch verbesserte Informationen, Veränderungen im Verwaltungsablauf oder die Ausbezahlung der Sozialhilfe für Erwerbstätige

durch das Finanzamt erreicht werden, schlägt Strengmann-Kuhn vor. Aber nicht nur die Armutsbekämpfung, sondern vor allem auch die Vermeidung von Armut ist wichtig. Maßnahmen dafür wären etwa die Erhöhung des Arbeitsangebots bei Frauen, Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, ein besserer Familienlastenausgleich, ein Kindergeldzuschlag oder eine Kindergrundsicherung durch Aufstockung des Existenzminimums für Kinder durch Kindergeld in einkommensschwachen Haushalten. Noch effektiver wäre eine Kindergrundsicherung, wenn sie mit einer Lohnsubvention, die das Existenzminimum Erwerbstätiger sichert, kombiniert wird. Auf diese Weise könnten Armut trotz Erwerbstätigkeit und auch Kinderarmut wirksam und zielgenau bekämpft werden. ⊕

Info:

Literatur: Wolfgang Strengmann-Kuhn: Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt /M.: Campus-Verlag 2003.

Kontakt: Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Hohenheim
Tel: +49-711-459-2586
E-Mail: strengma@uni-hohenheim.de

Studie

Was Eltern vom Kinderbetreuungsgeld halten



Mehr Möglichkeiten, mehr Planung, mehr Eigenverantwortung

Das Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) wird alles in allem positiv aufgenommen. Dies trifft insbesondere auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb durch die angehobene Zuverdienstgrenze und die Möglichkeit der verlängerten innerfamiliären Kinderbetreuung auf zweieinhalb Jahre zu. Für spezielle Lebenssituationen stellen sich jedoch mitunter Probleme dar, was eine Interviewpartnerin so ausgedrückt hat: "Jeder findet irgendwo ein Haar in der Suppe".

Neu ist auch, dass durch das KBGG die Entscheidungen auf die persönliche Ebene verschoben worden sind. Es liegt also an der Eigenverantwortung jeder einzelnen Person, sich z. B. Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber für den Wiedereinstieg auszumachen oder die Zuverdienstgrenze zu berechnen.

Die Studie von Clara Fritsch, die unabhängig von der am ÖIF laufenden Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) durchgeführt worden ist, beruht auf qualitativen Methoden. Neben einem geschichtlichen Abriss über die österreichische Familienpolitik der letzten Jahrzehnte wurden qualitative Interviews mit Expertinnen, Vertreterinnen und Vertretern der vier Parlamentsparteien sowie mit Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen und -bezieher geführt.

Einkommensschere schneidet Väterkarenz

Zumindest angedacht wird die Väterkarenz in vielen Familien. Was eine Entscheidung für die Väterkarenz erschwert, ist das oft entgegengesetzte Unverständnis des gesellschaftlichen Umfeldes. Auch sind die Zuverdienstgrenze und die Lücke zwischen maximaler Bezugsdauer und Kündigungsschutz besonders für Väter ein Hindernis, die meist mehr verdienen und eher den zweiten, späteren Teil der Karenz in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang sind eine verbesserte Information sowie eine ausreichende Planung notwendig. Die zuständigen Interessenvertretungen konnten den Hilfesuchenden nur ungenügend Auskunft erteilen und die Problematik wird oft an - kostenpflichtige - Steuerberatungskanzleien weitergeleitet.

Insbesondere gehen Männer in Karenz, die eine Stagnations- oder Umorientierungsphase im Arbeitsleben haben. Die Neigung zur Väterkarenz ist höher, wenn die weibliche Erwerbsarbeit gegenüber der männlichen vorrangig oder zumindest gleich gestellt ist. Die Haltung der Vorgesetzten zur Väterkarenz ist von wesentlicher Bedeutung für die Inanspruchnahme, ebenso wie für die familiengerechte Gestaltung der Arbeitszeit nach dem Wiedereinstieg. Die strukturelle Gegebenheit, die die Väterkarenz am meisten behindert, ist die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen. Die potenziell entstehende

Verringerung des Lebensstandards bei Inanspruchnahme der Väterkarenz stellt diese massiv in Frage.

Was den Wiedereinstieg fördert

Der Wiedereinstieg wird umso problematischer, je länger die Eltern dem Arbeitsmarkt fern bleiben. Förderlich für den zufriedenstellenden Wiedereinstieg sind folgende Bedingungen:

- Kontakthalten mit der Firma während der Karenzzeit
- emotionale Vorbereitungsphase
- Einstiegsarbeitszeit von wenigen Wochenstunden, die dann langsam bis zum gewünschten Ausmaß gesteigert wird
- Erwerbsorientierung der Mütter: je karriereorientierter desto früher der Wiedereinstieg
- Wunsch nach gleicher Aufgabenverteilung in der Partnerschaft: je höher der Wert der Gleichberechtigung desto früher der Wiedereinstieg der Mutter
- Kinderbetreuung, der von den Eltern Vertrauen entgegengebracht wird: je aufwendiger diese zu organisieren ist desto problematischer ist der Wiedereinstieg
- unbefriedigend empfundene Finanzsituation: je höher die Ansprüche an den Lebensstandard und je geringer das Einkommen des alleinver-

dienenden Elternteils, desto früher erfolgt der Wiedereinstieg

- Je mehr Kinder in der Familie zu betreuen sind, desto mehr wird die Entscheidung der Mutter gefördert, sich vermehrt der innerfamiliären Arbeit zu widmen.

Keine Arbeit ohne Betreuung außer Haus

Unzufriedenheit entsteht weniger durch ungewollte Erwerbstätigkeit als durch ungewollte Arbeitslosigkeit. Letztere tritt vor allem in Familien auf, wo die Arbeitsmarktintegration bereits vor der Geburt des ersten Kindes kaum gegeben war. Das kann dadurch eingetreten sein, dass die Mutter bei der Geburt des ersten Kindes noch sehr jung und in Ausbildung war oder dass Eltern nach wie vor in Ausbildung (z. B. zweiter Bildungsweg) stehen. Auch in Familien, in denen ein Alleinverdiener bzw. eine Alleinverdienerin kein zufrieden stellendes Haushaltseinkommen einbringen kann, ist aufgrund der finanziellen Zwänge der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit groß. Das Kinderbetreuungsgeld kann hier wenig zu einer Verbesserung beitragen.

Für die zufriedenstellende Einbindung in den Arbeitsmarkt stellt die außerfamiliäre Kinderbetreuung eine Notwendigkeit dar. Ebenso verbessert sie die Lebenssituation für Mütter, die sich hauptsächlich der innerfamiliären Arbeit widmen. Nachdem die Elterngeneration meist selbst noch im Erwerbsleben steht, kommt daher Kinderbetreuungseinrichtungen ein wesentlicher Stellenwert zu. Ab einem gewissen Alter der

Fortsetzung

Studie

Nr. **7**
8

Was Eltern vom Kinderbetreuungsgeld halten

Kinder, das je nach persönlicher Werthaltung der Eltern zwischen ein und drei Jahren liegt, stellt der Kindergarten einen fixen Bestandteil der frühkindlichen Biographie dar. Zugangsbeschränkungen zu dieser Einrichtung wirken sich daher schlecht auf die Lebensqualität der primären Betreuungsperson - in der Regel die Mutter - aus. Dementsprechend lauten die Verbesserungswünsche der Eltern: geringere Kosten, kleinere Gruppen mit mehr Personal, kürzere Anmeldefristen (v. a. in Kindergärten der Gemeinde Wien) und an die Arbeitszeiten angepasste Öffnungszeiten (v. a. für Erwerbstätige in Branchen mit zunehmend flexibilisierten Arbeitszeiten wie Handel und Gastgewerbe).

Ein Wunsch, den die meisten Eltern haben, ist der nach einer kinderfreundlicheren Gesellschaft. Die Vorschläge zur Verwirklichung einer solchen reichen von einem größeren und qualitativ hochwertigeren Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen über besser instandgehaltene Kinderspielflächen (v. a. in urbanen Gebieten) bis hin zu mehr Rücksichtnahme auf Kleinkinder im Alltag (z. B. eine eigene Kasse im Supermarkt für Eltern mit Kinderwagen) und öffentlichen Einrichtungen (z. B. verkürzte Wartezeiten für Eltern auf Ämtern, geschlechtssensibler Umgang mit Vätern in Spitälern).

**Info:**

Literatur: Clara Fritsch: Zu Risiken oder Nebenwirkungen lesen Sie den Gesetzestext oder fragen Sie Ihren Steuerberater. Intention und Wirkung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes in einem breiten Kontext. Wien 2004. (derzeit noch unveröffentlichte Studie)

Kontakt: Mag. Clara Fritsch, E-Mail: clara.fritsch@chello.at

Mehr Bewegung ins Kinderleben

Verkehrsclub Österreich startet Initiative "Kindergerechter Verkehr"

Kinder werden durch den täglichen Verkehr auf Österreichs Straßen mehr gefährdet als Erwachsene. Die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle bei Kindern ist stark gestiegen, und auch die Abgase belasten Kinder mehr als doppelt so stark als Erwachsene. Zudem leiden sie zunehmend an Bewegungsmangel, Haltungsschäden und Übergewicht. Fazit der aktuellen Studie des Verkehrsclubs Österreich (VCO) ist, dass der Verkehr in Österreich nicht kindergerecht ist. Auf Basis von Mobilitätsbefragungen des Landes Oberösterreich und des Verkehrsministeriums untersuchte der VCO die Veränderung des Mobilitätsverhaltens der 6- bis 15-Jährigen. Nun soll die Politik mit der Initiative "Kindergerechter Verkehr" dazu bewegt werden, auf die Interessen der Kinder im Verkehr stärker Rücksicht zu nehmen.

Gesund bewegen

Kinder brauchen am Tag zwei bis drei Stunden Bewegung, damit sie sich gesund entwickeln können, klärt die Weltgesundheitsorganisation WHO auf. In der heutigen Zeit fehlt den Kindern aber oft der Freiraum, um sich ausleben zu können. In Folge nehmen Haltungsschäden, Übergewicht und Koordinationsstörungen zu. Auch die meisten Wege werden mit öffentlichen Verkehrsmitteln (37 %) und mit dem Auto (29 %) zurückgelegt. Per pedes sind 27 % der 6- bis 15-Jährigen unterwegs und mit dem Fahrrad 7 %. Die Zersiedelung und die Gefahren durch die Verkehrszunahme sind Gründe dafür, dass immer mehr Kinder mit dem

Auto mitfahren. Es ist aber "ein Trugschluss, dass Autofahrten sicherer wären", betont VCO-Experte Wolfgang Rauh. Mehr als die Hälfte der tödlich verunglückten Verkehrstoten unter Kindern sind im PKW ums Leben gekommen. Zu mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr würden beispielsweise niedrigere Tempolimits im Ortsgebiet oder eine Ausdehnung der Halte- und Parkverbotsflächen vor Schutzwegen beitragen.

Schlechte Luft in Bodennähe

Die Schadstoffbelastung durch Autoabgase ist in Bodennähe größer. Kinder sind daher aufgrund ihrer geringeren Körpergröße mehr gefährdet als Erwachsene. Auch verfügen Kinder über ein kleineres Lungenvolumen. Erkrankungen der Atemwege wie chronische Bronchitis oder Asthma nehmen vor allem bei Kindern zu, die entlang der Tauernroute leben. Laut Rauh ist die Staubbelastung im Wageninneren während eines Staus vergleichbar mit der in einem stark verrauchten Lokal.

Für mehr Sicherheit und Gesundheit für Kinder stellt der VCO folgende Forderungen auf:

- Verkehrssichere Straßen für Kinder
- Schadstoffe und Verkehrslärm verringern
- Kindern Bewegung ermöglichen
- Kindergerechte Straßenverkehrsordnung

Info:

Verkehrsclub Österreich (VCO), Bräuhausgasse 7-9, A-1050 Wien, Tel: +43-1-8932697, E-Mail: vcoc@vcoc.at

Unterschriftenaktion "Kindergerechter Verkehr":
<http://www.vcoc.at/kindergerechterverkehr>

Familienstatistik kompakt



Familien in Zahlen 2003 - Informationen zu Familien in Österreich und der EU auf einen Blick

"Familien in Zahlen 2003 - Informationen zu Familien in Österreich und der EU auf einen Blick" - kurz FiZ 2003 genannt - ist seit sechs Jahren ein beliebtes und unentbehrliches Nachschlagewerk für Familienstatistik. Das Österreichische Institut für Familienforschung hat nun eine neue, vollständig überarbeitete Ausgabe veröffentlicht. Die Daten aus Österreich werden durch Tabellen mit familienrelevanten Zahlen aus der Europäischen Union ergänzt.

Die Tabellen sind mit Interpretationsbeispielen versehen. Abgerundet wird FiZ 2003 durch ein familienstatistisches Glossar.



Info:

Literatur: Rudolf Karl Schipfer: Familien in Zahlen. Informationen zu Familien in Österreich und der EU auf einen Blick. Ausgabe 2003.

Download unter http://www.oif.ac.at/fiz_2003.pdf oder zu beziehen bei Fr. Pürk unter Tel: +43-1-5351454-19.

Termine

"Ist die Kindheit noch zu retten?"

Entwicklungschancen und Zukunftsaussichten für die Kinder unserer Zeit

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Kinder+Jugendanwaltschaft für das Land Steiermark	Wall Zentrum Merangasse 70 A-8010 Graz	Dienstag, 20.04.2004 <i>Haben Sie die Kinderrechte schon einmal gesehen?</i> Schubertkino, Mehlplatz 2, A-8010 Graz Kurzfilme zu den Kinderrechten.
Tel.: +43-316-877-4921 Fax.: +43-316-877-4925 E-Mail: kija@stmk.gv.at Homepage: www.kija.at	jeweils von 19.00 bis 21.00 Uhr	Dienstag, 27.04.2004 Dr. med. Paulus Hochgatterer <i>Darf Ihr Kind erwachsen werden?</i>
		Dienstag, 04.05.2004 Prof. Dr. Gerhard Amendt <i>Hat Ihr Kind etwas von Mama UND Papa?</i> Die Gestaltung der Vaterrolle nach der Scheidung.

Termine

Harry Potter, Hermine Granger und der Stein der Weisen

Fachtagung zum Thema Jugendsexualität

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Jugendprävention der Aids Hilfe Wien Mag. Deborah Klingler Mariahilfer Gürtel 4 A-1060 Wien Tel: +43-1-5953711-91 E-Mail: klingler@aids.at	Aids Hilfe Haus Mariahilfer Gürtel 4 A-1060 Wien 30. April 2004 9.00 - 13.00 Uhr	Der thematische Schwerpunkt wird auf die ambivalenten Haltungen gegenüber jugendlicher Sexualität und dem Umgang damit gelegt, ebenso wie auf kritische Betrachtung unterschiedlicher Positionen zum Thema. ReferentInnen: Dr. Wolfgang Dür, Dr. Brigitte Cizek, MR Dr. Andrea Kubec, Julia Broz, Mag. Deborah Klingler.

Sexualität? Heute kann man doch über alles reden!?

Sexualpädagogische Fortbildung für Jugendarbeiterinnen, Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen und andere Multiplikatorinnen (auch in Ausbildung)

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Frauengesundheitszentrum Graz Joanneumring 3 A-8010 Graz Tel: +43-316-837998 E-Mail: frauen.gesundheit@fgz.co.at	Frauengesundheitszentrum Graz 18. und 19. Juni 2004 2. und 3. Juli 2004 jeweils Freitag 13.00 - 19.30 Uhr, Samstag 9.00 - 18.00 Uhr (inkl. Mittagspause) auch Extratermine nach Vereinbarung möglich	Im Fortbildungsseminar gibt es Raum für den Erwerb sexualpädagogischer Grundkenntnisse, die Reflexion der eigenen sexuellen Sozialisation, das Kennenlernen geeigneter Methoden für die Praxis. Ziel ist die Gesundheitsförderung von Multiplikatorinnen und ihren Klientinnen. Mädchen und Frauen sollen darin unterstützt werden, ein lustvolles selbstbestimmtes Sexualleben "nach eigenem Geschmack" zu führen.

Projektkoordinatorin und
Referentin: Mag.a Kerstin Pirker